BERNER Journal BERNOIS

SVP Kanton Bern • UDC Canton de Berne • Januar/Februar • Nr. 1–2014

Ja zur Initiative «Gegen die Masseneinwanderung» 2+3

Fachkräfte gezielt rekrutieren statt Scheunentore offen lassen.

Finanzierung und Ausbau der Eisenbahn 4

Die Abstimmung über die sogenannte FABI-Vorlage wird spannend.

Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» 5

Sollen Krankenkassen weiterhin für die Kosten einer Abtreibung aufkommen müssen?

Kant. Abstimmung betreffend Hooligan-Konkordat 6+7

Für und wider das Hooligan-Konkordat.

AZB 3000 Bern 25

Für ehrliche Politik – mehr SVP

Werner Salzmann, Parteipräsident, Mülchi

Der Segen der Nationalbank ist ausgeblieben im Kanton Bern, die linksdominierte Regierung nimmt das aber gelassen. Sie lehnt auch den parlamentarischen Vorstoss der vier bürgerlichen Fraktionspräsidenten ab, dass der Kanton weiter sparen solle. Was würde die Regierung sagen, wenn plötzlich auch die Finanzausgleichszahlungen der anderen Kantone ausbleiben? Möchte sie auch dann noch nichts wissen von einer massvollen Ausgabenpolitik? Sie hätte zumindest auf die Idee kommen können, die überrissenen Sitzungsgelder aus ihren VR-Mandaten in die Kantonskasse fliessen zu lassen, ohne dass erst ein Basler Regierungsrat über das Thema stolpern musste.

SVP-Regierungsrat Neuhaus erhielt 2013 aus sieben Sitzungen 420 Franken und gab die Entschädigung als Aufsichtsratspräsident der bernischen Ausgleichskasse und der IV komplett der Staatskasse ab, wie er es immer schon handhabte!

SP-Regierungsrätin Egger erhielt 2013 49'000 Franken zusätzlich zum Regierungsratsgehalt und hatte das Gefühl, das gehe in Ordnung, wenn sie es behält! Sie kassierte also so viel zusätzlich, wie die SP als Mindestlohn fordert. Die Angestellten aber müssen gute Arbeit liefern für ihren Lohn, sie könnten sich einen Baupfusch wie beim Frauenspital nicht leisten und auch die Verantwortung nicht abschieben – und dafür noch haufenweise Geld kassieren. Das ist die unehrliche Politik, die die SP zelebriert!

Diese zeigte sich auch in der Budgetdebatte, in der die linke Regierung auf dem Buckel der Alten, Kranken und Behinderten sparen wollte statt in ihren persönlichen Stäben. Sie dachte, sie könnte ein linkes Steuer- und Gebührenerhöhungsprogramm durchsetzen, da sich der Grosse Rat nicht darüber einigen könnte, wo sinnvoll gespart werden kann.

Die Linke hat aber die Rechnung ohne die SVP gemacht. Es war die SVP-Fraktion, die mit der bürgerlichen Mehrheit verhindert hat, dass das Sparpaket zulasten der Bedürftigen durchgesetzt wurde, und die stattdessen vertretbare Sparvorschläge realisiert hat.

Diese Beispiele zeigen deutlich, weshalb wir bei den Grossrats- und Regierungsratswahlen zulegen müssen, damit wieder ehrlicher Schwung in den Kanton kommt.

Vielen Dank für Ihre Mithilfe!

Werner Salzmann

STAND

Rassismus?

Seit Jahren werden die Zuwanderungsprobleme mit dem Killer-Argument «Rassismus» vom Tisch gewischt. Sogar eine Antirassismus-Strafnorm wurde geschaffen und plötzlich wurden Mohrenköpfe zu Schaumküssen, Bücher wie Globi und Tintin umgeschrieben und Wirtshäuser umbenannt.

Gerade jetzt ist die Antirassismus-Strafnorm wieder hochaktuell geworden, allerdings nicht wegen der SVP-Abstimmungskampagne. Da wird lieber über die Wünsche der EU diskutiert als über das Zuwanderungsproblem.

Die Aktualität verdankt die Strafnorm den Witzen von Tschäppät, Rocchi und Birgit Steinegger. Plötzlich geraten ausgerechnet jene unter Beschuss, die so gerne die SVP ins Visier nehmen.

Über Geschmack lässt sich nicht streiten, aber die aktuelle Diskussion zeigt: Es braucht endlich eine unverkrampfte Diskussion über das Zuwanderungsproblem. Empörung ist nicht wegen Rassismus angesagt, sondern wegen den negativen Folgen der masslosen Zuwanderung: Milliardenkosten und ein Verlust unserer Schweizerischen Werte.

Aliki Panayides, Geschäftsführerin und Gemeinderätin

Volkswohl statt Geldgier

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil

Masslosigkeit hat noch immer grossen Schaden angerichtet. Sei es bei den Löhnen durch die masslose Abzockerei einzelner Manager, sei es in der Politik durch die masslose Steuergeldverschleuderung oder sei es aktuell mit der masslosen Zuwanderung in die Schweiz.

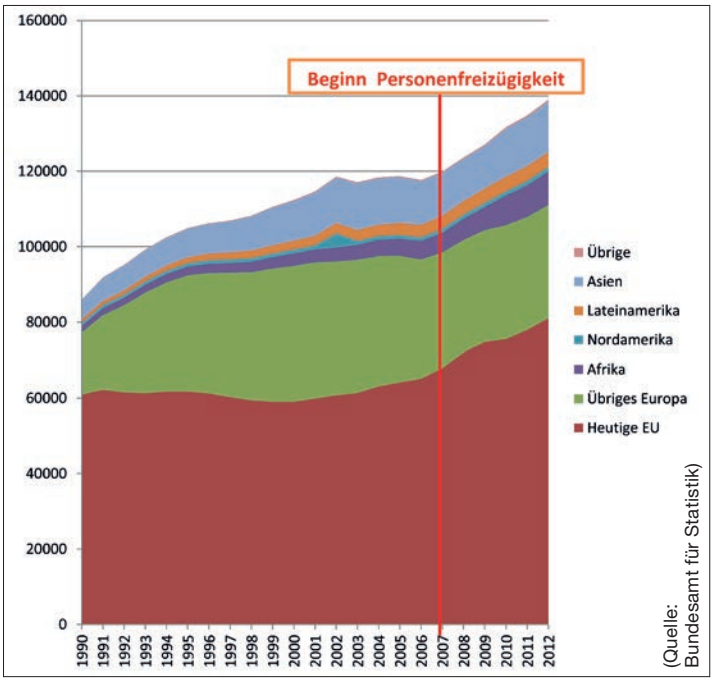
Unsere Volksinitiative will genau dieser Masslosigkeit Einhalt gebieten und die Zuwanderung auf eine verkraftbare Grössenordnung reduzieren. Das hat nichts mit Abschottung zu tun, sondern mit dem Ziel, die Zuwanderung wie in der Übergangszeit der Personenfreizügigkeit (2002–2006) über Höchstzahlen zu beschränken. Wir erfinden also nichts neues, sondern greifen auf ein bewährtes, von der EU als Übergangsbeschränkung akzeptierte Lösung zurück.

Dass diese massvolle Zuwanderungsbeschränkung im Interesse der grossen Mehrheit damit des Volkswohles ist, beweist die Tatsache, dass das BIP pro Kopf in dieser Zeit weit höher gelegen war, als dies mit der einsetzenden Massenzuwanderung der Fall ist:

Zeitraum	BIP-Wachstum pro Einwohner real in % (Zahlen seco/BFS)
1997-2002	6.3%
2002-2007	9.2%
2007-2012	0.2%

Herr und Frau Schweizer hatten damals mehr im Portemonnaie und konnten sich dafür mehr leisten.

Auch der Kanton Bern ist betroffen:



Wenn wir die Zuwanderung, die pro Jahr der Bevölkerung der Stadt Luzern entspricht, ungebremst so weiter schlittern lassen, wird die Schweizer Bevölkerung im Jahre 2035 die 10-Millionen-Grenze erreichen.

Ist eine 10-Millionen-Schweiz im Interesse der heutigen Bevölkerung? Ist es im Interesse

Bien-être collectif au lieu de cupidité – Oui à l'initiative populaire UDC « Contre l'immigration de masse »

La démesure a toujours fait de grands dégâts. Que ce soit les rémunérations abusives accordées à certains managers, le gaspillage sans retenue des rentrées fiscales ou actuellement l'immigration démesurée en Suisse.

Notre initiative populaire veut freiner cette démesure et réduire l'immigration à des dimensions supportables. Cela n'a rien à voir avec un cloisonnement, mais il s'agit de limiter l'immigration par des contingents comme pendant la période de transition vers la libre circulation des personnes (2002-2006). Nous ne voulons rien de nouveau, mais nous voulons revenir à une solution acceptée par l'UE pour la période transitoire.

Cette limitation pondérée de la libre circulation des personnes est dans l'intérêt de la majorité de la population pour son bien-être et elle est prouvée par le fait que le PIB/tête était nettement plus élevé pendant ces quatre ans qu'il ne l'est avec l'immigration de masse actuelle. Le portemonnaie de Monsieur ou Madame Tout-le-Monde était mieux garni qu'aujourd'hui et le pouvoir d'achat plus élevé.

Si nous continuons à accepter d'une année à l'autre cette immigration qui correspond à la population de la ville de Lucerne, la Suisse aura dépassé les 10 millions d'habitants en 2035.

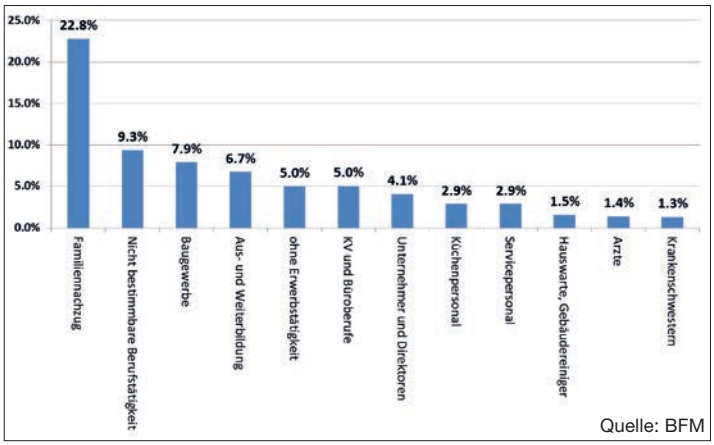
Est-ce vraiment dans l'intérêt de la Suisse d'avoir 10 millions d'habitants ? Est-ce dans l'intérêt de chacun que l'on produise et consomme plus, mais qu'au bout du compte, on reçoive moins le jour de la paie : le gâteau sera certes plus grand, mais il faudra le partager entre plus de consommateurs.

Chaque électeur, chaque électrice doit donc faire le point sur ce que cette immigration démesurée lui a apporté depuis 2007 : Mon portemonnaie est-il mieux garni ? Mon pouvoir d'achat a-t-il augmenté ? Est-ce que le cas échéant, je trouve facilement un appartement à un prix abordable ? Le train sera-t-il bondé, y aura-t-il des bouchons sur la route ? Est-ce que je veux vraiment que la Suisse continue sur cette voie ? Le chômage doit-il augmenter même si l'économie est en pleine croissante ? Faut-il supporter le dumping salarial ? Est-ce que je veux vraiment soutenir l'immigration en masse jusqu'à ce que la Suisse ait 10 millions d'habitants ? Est-ce que je veux accepter que l'immigration soit proportionnellement plus élevée chez nous que dans les pays UE migratoires, l'Angleterre et l'Allemagne ?

Se soucier de ce développement démesuré est tout à fait naturel ; le texte de l'initiative UDC a pour but d'obliger le Conseil fédéral à faire face à ses obligations en régulant avec l'UE le flux d'immigrés avec une solution supportable pour la Suisse. Vous partagez ce point de vue ! Votez alors Oui à l'initiative « Contre l'immigration de masse ! »

jedes Einzelnen, wenn zwar immer mehr Menschen mehr produzieren und mehr konsumieren, aber der Einzelne nicht mehr in der Zahltagstasche hat, weil der verteilbare Kuchen wohl grösser wird, aber parallel dazu unter viel mehr Menschen aufgeteilt werden muss?

Nicht Fachkräfte, sondern Arbeitssuchende kommen!



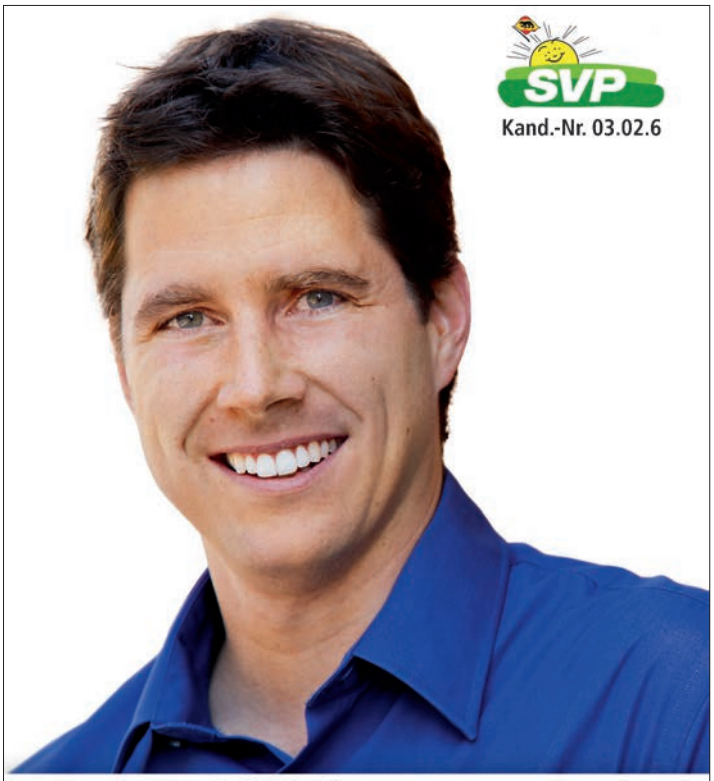
Quelle: BFM

Jede Stimmbürgerin und jeder Stimmbürger muss sich deshalb die Frage stellen; was hat mir die masslose Zuwanderung seit 2007 persönlich gebracht. Habe ich mehr im Portemonnaie? Kann ich damit mehr kaufen? Finde ich problemlos eine bezahlbare Mietwohnung, sind die Züge überfüllt oder die Strassen verstopft? Will ich, dass die Schweiz in diesem Tempo weiter überbaut wird? Will ich, dass die Erwerbslosigkeit trotz guter Wirtschaftslage weiter steigt und der Lohndruck zunimmt? Will ich die masslose Zuwanderung hin zu einer 10-Millionen-Schweiz unterstützen? Und will ich, dass die Zuwanderung in unser Land proportional zur Bevölkerung ein Mehrfaches beträgt als in den EU-Zuwanderungsländern England und Deutschland?

Wer über diese masslose Entwicklung besorgt ist und damit den Bundesrat gemäss Initiativtext verpflichten will, mit der EU über die Steuerung der Zuwanderung zu verhandeln und eine für die Schweiz verkraftbare Lösung zu finden, der stimmt klar JA zur Volksinitiative «gegen Masseneinwanderung».

Adrian Amstutz

mehr als Holz
SCHÄRER HOLZ
Schärer Holz AG
Tel 062 916 80 80
Bleienbachstrasse 60
Fax 062 916 80 81
4900 Langenthal
info@schaerer-holz.ch
www.schaerer-holz.ch



Wieder in den Grossen Rat
Lars Guggisberg
www.larsguggisberg.ch | Wahlkreis Mittelland Nord

14. Nationaler SVP-Jasscup

mit Bundesrat Ueli Maurer
und SVP-National- und Ständeräten

Samstag, 22. Februar 2014
10.15 – 16.00 Uhr, Türöffnung um 9 Uhr

in der Kaserne Reppischtal, Birmensdorf ZH

Modus
Schieber mit zugelostem Partner.
4 Passen à 12 Spiele, gewertet 48 Spiele.

Kartenart
Französische und Deutschschweizer Karten.

Preise
Es gibt viele attraktive Preise. Jeder Teilnehmer erhält ein kleines Präsent. Wanderpreis für die Siegerin oder den Sieger.
Schätzwettbewerb:
1. Preis Fr. 300.-; 2. Preis Fr. 200.-; 3. Preis Fr. 100.-

Teilnahmegebühr
- Jassgebühr: Fr. 30.- ist an der Eingangskasse zu bezahlen
- Mittagessen: Fr. 25.- Essensbons sind an der Eingangskasse erhältlich

Teilnehmer
Zu diesem gemütlichen Anlass sind alle SVP-Politiker, SVP-Mitglieder, SVP-Sympathisanten sowie alle Jassfreunde herzlich eingeladen.

Anmeldung
Aus organisatorischen Gründen bitten wir Sie, Sich mit dem untenstehenden Talon per Email, Post oder Fax baldmöglichst anzumelden (Platzbeschränkung).
Anmeldeschluss ist der 14. Februar 2014

Organisation
SVP Dietikon ZH unter der Leitung von OK-Präsident Nationalrat Hans Egloff und Nationalrat Felix Müri.
Turnierleiter: Christian Zürcher

Anmeldetalon

Ich melde mich für den 14. Nationalen SVP-Jasscup vom Samstag, 22. Februar 2014 an:

☐ Französische Karten ☐ Deutschschweizer Karten ☐ Egal

Name: Vorname:
Adresse: PLZ Ort:
Tel.: E-Mail:

Anmeldung bis spätestens 14. Februar 2014 an:
SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern
Tel. 031 300 58 58 - Fax 031 300 58 59 - Mail: betschart@svp.ch

Nein zum Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur (FABI)

Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf

Am 9. Februar 2014 stimmen wir über den Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur, kurz FABI, ab und darüber, wie die Bahn (SBB und Privatbahnen) zukünftig ausgebaut und wie dieser Ausbau finanziert werden soll.

Der Bundesrat hat dem Parlament in der ursprünglichen Vorlage Projekte im Umfang von 3.5 Milliarden Franken vorgelegt. Das Parlament hat diesen meines Erachtens massvollen Ausbauschritt **um satte 3 Milliarden auf neu 6.4 Milliarden Franken erhöht** und somit Ja zu einem Luxus-Ausbau, zu einer Vergoldung unserer Schiene, gesagt. Diese 6.4 Milliarden Franken müssen auch irgendwo eingenommen werden. Diesmal werden sämtliche Bürgerinnen und Bürger zur Kasse gebeten. FABI soll finanziert werden durch:

- **die Erhöhung der Mehrwertsteuer um +0,1%.** Das trifft alle, am meisten aber den Mittelstand und die weniger Verdienenden
- **die Beschränkung des Pendlerabzugs auf maximal 3‘000 CHF/Jahr.** Eine Beschränkung dieses Abzuges bei den Steuern trifft vor allem Autofahrer, welche auf ihr Auto angewiesen sind, um zur Arbeit zu fahren. Betroffen sind vor allem Leute in den Land- und Randregionen
- **die Subventionierung und Zweckentfremdung von Strassengeldern.** Strassengelder (Mineralölsteuer) sollen für immer in den Bahninfrastrukturfonds geleitet werden. Weiter sollen jährlich 900 Millionen Franken LSVA in die Bahninfrastruktur fliessen.

Es ist unbestritten, dass ein massvoller Ausbau der Bahn- und Strasseninfrastruktur notwendig ist. Wir stimmen aber über eine teure und überrissene Vorlage ab.

Die Folgen für alle Steuerzahler:

- **6.4 Milliarden Franken mehr für einen masslosen und einseitigen Ausbau des Schienenverkehrs!**
- **Erhöhung der Mehrwertsteuer für alle!**
- **Abzockerei der Autofahrer durch eine Beschränkung des Pendlerabzugs auf maximal 3‘000 Franken!**

Deshalb am 9. Februar FABI NEIN www.fabi-nein.ch

Nadja Pieren

NON à FAIF – Non à l’arrêté fédéral pour le financement et l’aménagement de l’infrastructure ferroviaire

Le 9 février 2014, nous voterons sur l’arrêté fédéral sur le financement et l’aménagement de l’infrastructure ferroviaire (FAIF). Nous voterons sur l’infrastructure ferroviaire du futur (CFF et chemins de fer privés) et comment cet aménagement doit être financé.

*Dans un premier temps, le Conseil fédéral avait soumis au parlement un projet de l’ordre de 3.5 milliards de francs. Le parlement a nettement dépassé ce montant puisqu’il l’a presque doublé : de **3 milliards il est passé à 6.4 milliards de francs**, ce qui en fait une infrastructure de haut de gamme, des rails patinés à la feuille d’or. Ces 6.4 milliards, il faut les trouver. Cette fois-ci, les contribuables seront priés de passer à la caisse. Le financement de FAIF se projette ainsi :*

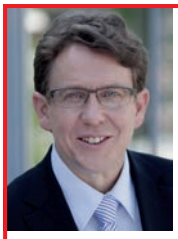
- ***Augmentation de la TVA de 0,1%***
  Cela touche surtout la classe moyenne et les bas revenus.
- ***Plafonnement de la déduction fiscale accordée aux pendulaires à 3'000 francs/an max.***
  Un plafonnement de la déduction fiscale pénalise surtout les automobilistes qui dépendent de leur voiture pour aller au travail. Les plus touchés sont les automobilistes qui habitent dans les régions périphériques et rurales.
- ***Subventionnement et détournement des fonds destinés à la route.***
  Une partie des fonds du trafic routier (huiles minérales) doit être affectée au fonds d’infrastructure ferroviaire. En outre, 900 millions de francs de la redevance sur le trafic des poids lourds (RPLP) doivent être affectés au rail.

Il est incontestable qu’un aménagement modéré de l’infrastructure du rail et de la route est incontournable. Mais nous sommes là devant un projet coûteux et exagéré.

Conséquences pour les contribuables :

- ***6.4 milliards de francs en plus pour un aménagement démesuré et unilatéral de l’infrastructure ferroviaire !***
- ***augmentation de la taxe sur la valeur ajoutée pour tous !***
- ***l’automobiliste sera plumé par une limitation des déductions fiscales à 3'000 francs max. pour les pendulaires !***

En conclusion, votons NON à FAIF le 9 février 2014 www.faif-non.ch



Albert Rösti
Nationalrat, Uetendorf

«Ein Grossteil der Zuwanderer trägt kaum zum Wirtschaftswachstum bei, sondern kommt alleine aufgrund des hohen Schweizer Wohlstands. Weder unsere Infrastruktur (Strassen, Schienen, Wohnungen, Schulen, Spitäler), weder unsere schöne Landschaft noch die Sozialwerke vertragen aber ein jährliches Ausländerwachstum von über 80’000 Personen, zweimal die Grösse der Stadt Thun!»

Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache

Andrea Geissbühler, Nationalrätin, Bäriswil

Ziel der Initiative ist es, den Leistungskatalog der obligatorischen Krankenversicherung zu entschlacken. Es ist unverständlich, dass trotz der immer steigenden Gesundheitskosten nicht längst alle unnötigen Leistungen entfernt wurden. Abtreibung ist keine Krankheit und sollte daher auch nicht von der Allgemeinheit berappt werden müssen.

Unnötige Leistungen aus der Grundversicherung streichen

Die SVP hat in der letzten Legislatur eine Reihe von parlamentarischen Vorstössen eingereicht, um unnötige Leistungen aus der Grundversicherung zu streichen. Die Initiative ist ein weiterer Schritt, um die lange Liste von unangebrachten Leistungen zu bereinigen; denn viele Familien können die Krankenkassenprämien kaum mehr bezahlen. Die Kosten der jährlich über 11‘000 Abtreibungen belaufen sich gemäss Auskunft des Bundesrates auf schätzungsweise 15 bis 20 Millionen Franken pro Jahr. Wir müssen uns aber bewusst sein, dass die zum Teil sehr hohen Nachbehandlungskosten einer Abtreibung wegen psychischer und physischer Schwierigkeiten noch nicht einberechnet sind. Wenn man diese Zahlen betrachtet, müsste es vorrangiges Ziel der Gesundheitspolitik sein, ungewollte Schwangerschaften und Abtreibungen zu reduzieren. Dies ist aber nur durch eine Stärkung der Eigenverantwortung möglich.

Eigenverantwortung stärken

Es darf nicht sein, dass alle Personen verpflichtet werden, über ihre Prämien die Abtreibungen anderer Menschen mit zu finanzieren. Die Freiheit des Individuums, die Selbstbestimmung und die Achtung der ethischen Werte müssen in unserem Staat gewährleistet werden. Die Möglichkeit einer Abtreibung wird durch die Volksinitiative aber nicht infrage gestellt. Eine Zusatzversicherung kann dieses Risiko abdecken. Ausserdem wird nach wie vor bei einer Vergewaltigung oder bei einer Notlage der Frau eine Abtreibung von der Krankenkasse übernommen.

Vergleich mit dem Ausland

Eine umfangreiche Studie in den USA zeigt: Fällt die öffentliche Abtreibungsfinanzierung weg, führt dies dazu, dass die Zahl ungewollter Schwangerschaften und in der Folge auch der Abtreibungen abnehmen. Die Stärkung der Eigenverantwortung zeigt Wirkung. Übrigens, auch in Österreich werden Abtreibungen nicht von der Allgemeinheit bezahlt, was dort bestens funktioniert. Selbstbestimmung fordert Eigenverantwortung. Wer selbst bestimmt, soll auch selber bezahlen.

Andrea Geissbühler

Ruedi Friedli
Stadtratspräsident, Bern

«Wir wollen selber bestimmen, wie viel Zuwanderung für die Schweiz gut ist!»

Financer l’avortement est une affaire privée

L’initiative a pour but d’alléger le catalogue des prestations de l’assurance-maladie obligatoire. Il est incompréhensible que, malgré des coûts de la santé en hausse permanente, des prestations considérées inutiles ne soient pas supprimées. L’avortement n’est pas une maladie et n’a donc pas à être supporté par l’ensemble de la communauté.

Supprimer les prestations inutiles de l’assurance obligatoire

L’UDC a déposé au cours de la dernière législature toute une série de projets parlementaires visant à supprimer de l’assurance obligatoire des prestations inutiles. Cette initiative est un pas vers la réduction de cette longue liste de prestations et contribue à une baisse des primes. Bien des familles ne peuvent plus faire face aux primes de l’assurance-maladie obligatoire. Selon une estimation du Conseil fédéral, les quelque 11’000 interruptions de grossesse annuelles coûtent de 15 à 20 millions/an. Nous devons être aussi conscients que les coûts de traitement post-avortement pour troubles psychologiques et problèmes physiques subséquents s’ajoutent à cette somme. À l’analyse de ces chiffres, le but initial de la politique de la santé devrait être de réduire les grossesses non désirées et les avortements. Mais ceci exige un renforcement de la responsabilité individuelle.

L’assurance-maladie obligatoire est là pour protéger la vie, pour guérir, pour soigner et non pas pour tuer. Quiconque envisage la possibilité d’un avortement peut conclure pour peu d’argent une assurance complémentaire.

Renforcer la responsabilité individuelle

Personne ne doit être obligé de financer avec ses primes les avortements d’autrui. La liberté de l’individu, la libre disposition de soi-même et le respect des valeurs éthiques doivent être garantis dans notre pays. La possibilité d’avorter n’est pas remise en cause par cette initiative populaire. Une assurance complémentaire peut couvrir ce risque. En outre, les caisses-maladie couvrent les frais d’avortement en cas de viol ou si la vie de la femme est en danger.

Comparaison avec l’étranger

Une vaste étude réalisée aux USA démontre que le nombre de grossesses non désirées et donc aussi le taux d’avortements diminue là où l’avortement n’est plus financé par des fonds publics. Le renforcement de la responsabilité individuelle s’avère efficace. D’ailleurs en Autriche, il n’y a pas de remboursement automatique par la collectivité et cela fonctionne bien.

On constate aussi que les charlatans n’ont pas la cote puisque l’avortement n’est pas interdit. Faire appel à une faiseuse d’ange n’est pas gratuit et les risques de complications sont élevés, cette solution est donc dénuée d’intérêt. Les charlatans ne font pas fortune en Autriche avec les avortements. Ce sujet pénible n’est dont pas actuel.

*Trois raisons de voter **Oui** à cette initiative :*

1. *Les primes des caisses-maladie doivent être abordables.*
2. *La communauté n’a pas à payer une décision de vie et de mort.*
3. *La responsabilité individuelle doit être renforcée.*

La décision individuelle stimule la responsabilité individuelle. Qui décide, doit aussi payer.

Ja zur Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (Hooligan-Konkordat)

Moritz Müller, Grossrat, Bowil

Der Kanton Bern ist dem Konkordat bereits am 15. November 2007 beigetreten.

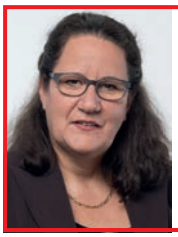
Der Grosse Rat hat am 20. März 2013 mit 108 Ja zu 39 Nein bei 4 Enthaltungen der Änderung des Konkordats über Massnahmen gegen Gewalt an Sportveranstaltungen mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Die wichtigsten Änderungen sind:
- Kombitickets
- Rayon-Verbot für gewalttätige Personen
- Meldeauflagen für gewalttätige Personen
- Bewilligungspflicht für Fussball- und Eishockeyspiele der 7 höchsten Mannschaften der Männerliga mit dem Ampelsystem, grünes, gelbes und rotes Spiel.

Es kann nicht sein, dass mehrere Dutzend betrunkene Chaoten selber bestimmen, wann und wo sie aus dem Zug aussteigen, welchen Weg sie benutzen und dabei noch mit Pyro-Fackeln, die über 1000 Grad heiss sind, die Gesundheit anderer Fussball-Fans gefährden. Ausserdem unterstehen diese Fackeln nach Art. 37 dem Sprengstoffgesetz.
Am Beispiel von YB belaufen sich die Sicherheitskosten für eine Saison auf rund 1,296 Mio. Franken, die bis jetzt zum grössten Teil aus Steuergeldern bezahlt werden.
Das temporäre Alkoholverbot macht Sinn, die Gewaltbereitschaft nimmt mit abnehmendem Alkoholpegel auch gleichzeitig ab und führt damit automatisch zu weniger Aggressionen. Es ist erwiesen, dass 90 Prozent aller verzeichneten Delikte unter Alkoholeinfluss begangen wurden.
Schon heute gilt bei Spielen der Nationalmannschaft oder Spielen auf höchstem internationalem Niveau ein Alkoholverbot und das wird akzeptiert.
Die noch nicht ganz behobenen einzelnen Probleme mit den Kombitickets sind in der Zusammenarbeit mit der SBB zu lösen.
Bei der Bewilligungspflicht fallen nur gerade 5 bis 9 Prozent aller Spiele unter die Ampel Rot und gelten somit als Hochrisikospiele.
Bei 90 Prozent der Spiele ändert sich nichts.

Die Grossratsfraktion empfiehlt Ihnen grossmehrheitlich Ja zur Änderung des Konkordates.

Moritz Müller



Jolanda Brunner
Vize-Gemeindepräsidentin, Spiez
Präsidentin SVP Frauen Kt. Bern

«Wenn wir die Einwanderung durch bedarfsgerechte Kontingente regeln, brauchen wir keine teuren flankierenden Massnahmen.»

Oui à la modification du concordat instituant des mesures contre la violence lors de manifestations sportives (concordat Hooligan)

Le canton de Berne a signé le concordat Hooligan le 15 novembre 2007.

*Le Grand Conseil **a approuvé** par **108 Oui** contre **39 Non** et **4 abstentions les modifications** apportées au concordat sur des mesures contre la violence lors de manifestations sportives le 20 mars 2013.*

Modifications majeures :
- *Tickets combinés*
- *Périmètre interdit aux personnes violentes*
- *Obligation de s'annoncer pour les personnes violentes*
- *Régime de l'autorisation pour les matches de football et de hockey sur glace des sept équipes classées en tête de la ligue supérieure hommes avec un système de feux de signalisation vert – orange – rouge.*

Il est intolérable que des douzaines de casseurs décident quand et où le train s'arrêtera, qu'ils choisissent le parcours pour aller au stade et fassent usage d'engins pyrotechniques. De plus, l'usage de ces engins est soumis à l'art. 37 de la loi sur les explosifs.

A l'exemple d'YB, les coûts de sécurité ont atteint 1.296 million de francs rien que pour une saison; et ces coûts sont en grande partie chargés au contribuable bernois.
L'interdiction temporaire de vente de boissons alcoolisées est aussi adéquate, la violence diminue parallèlement à une diminution de la consommation d'alcool et il y a moins d'agressions. Il est démontré que 90 pour cent des délits constatés ont lieu sous l'influence de l'alcool. Aujourd'hui, l'alcool est interdit aux matches de l'équipe nationale ou aux matches de niveau international, cette mesure est tout à fait acceptée.
Quelques problèmes avec les tickets combinés restent à résoudre, mais les CFF cherchent une solution.
Le régime de l'autorisation ne touche que 5 à 9 pour cent de tous les matches sous le feu rouge, ces matches sont classés « matches à haut risque ». Dans 90 pour cent des cas, rien de changer.

La majorité du groupe UDC du Grand Conseil vous recommande de dire Oui à la modification du concordat.

Hier könnte Ihr Inserat stehen!
Mit dem «Berner Journal» erreichen Sie weit über 15'000 Leserinnen und Leser – und das bereits ab sFr. 120.–!
Interessiert?
Melden Sie sich bei
SVP Kanton Bern, Optingenstrasse 1, Postfach 448
3000 Bern 25, 031 336 16 26, sekretariat@svp-bern.ch

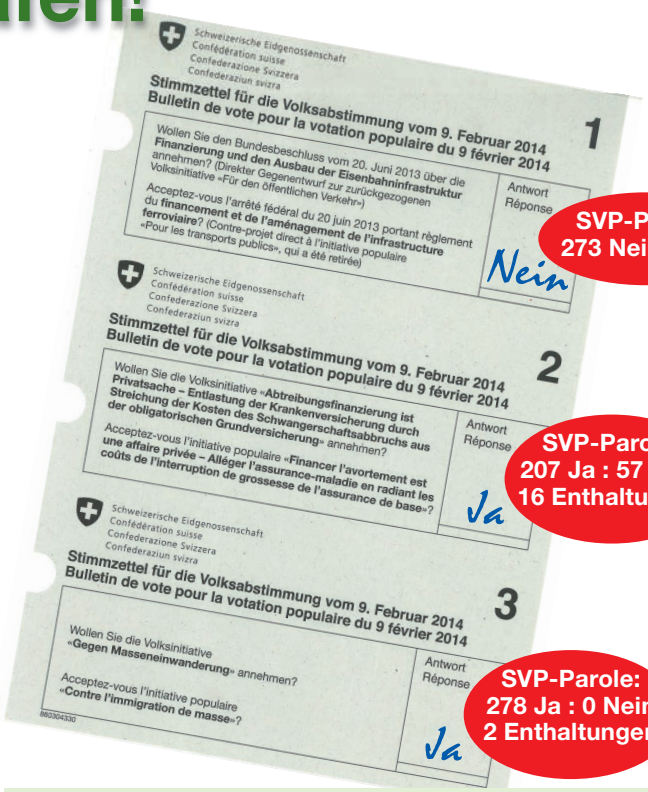
Alaska-Wildlachs-Import
Samy Gugger
3615 Heimenschwand
tel. 033 453 11 86 ● fax 033 453 11
info@alaska-wildlachs.ch
www.alaska-wildlachs.ch

Nein zu Kollektivstrafen!

Thomas Fuchs, Grossrat, Bern

Das Basler Parlament sprach sich mit 69 zu 13 Stimmen klar gegen einen Beitritt zum verschärften Hooligankonkordat aus und beurteilt dieses als staatsrechtlich bedenklich und schlicht unnötig.
Kernpunkt der Ergänzungen im Konkordat ist die Bewilligungspflicht für die Spiele.
Es können auch Auflagen zum Ausschank von alkoholischen Getränken gemacht werden. So kann der Ausschank im Stadion – mit Ausnahme der VIP-Loge – und im Umkreis der Sportstätte von Staates wegen verboten werden.
Nicht nur der Spitzensport, sondern auch die Gemeinden werden von den **bürokratischen und kostenintensiven Neuerungen** (Bewilligungspflicht, Auflagen) empfindlich getroffen werden. Mit dem vorliegenden Konkordat wird also am Ziel vorbeigeschossen.
Es passt zum momentanen Zeitgeist, auf jedes vermeintliche Problem mit einer weiteren Gesetzesverschärfung zu reagieren. Chaoten und Hooligans nerven auch mich. Wir hätten aber heute schon genug Gesetze und Vorschriften, um diese Elemente zu entfernen und in Haft zu setzen. Was wir brauchen sind Richter, welche den Mut haben, die geltenden Gesetze auch durchzusetzen.
Es ist wie bei der Berner Reitschule. Es ist mir unerklärlich, wieso man nicht heute schon ausschliesslich gegen die Verursacher konsequent und hart vorgeht und diese bestraft. Chaoten sind zu bestrafen und nicht die friedliche Mehrheit. Wenn ich persönlich an einen YB-Match nach St. Gallen will, dann lasse ich mir nicht vorschreiben, wie und wohin ich anreisen muss. Wenn ich das Auto nehmen will, dann will ich kein Zugticket kaufen. Wir sind hier in der Schweiz und nicht in Nordkorea!
Ein Konkordat kann nur abgelehnt oder angenommen werden. Einzelanpassungen sind nicht möglich. Was dies heisst, mussten wir bereits mit HARMOS erleben.
Heute schon werden Datenbanken geführt, Rayonverbote verhängt, Ausreisebeschränkungen und Meldeauflagen ausgesprochen sowie Polizeigehorsam angeordnet.
Mit einem Satz gesagt: Heute schon gibt es alle Möglichkeiten, um Exzessen vorzubeugen. Man muss es aber auch tun. Es braucht die Zusatzschikanen für normale Matchbesucher nicht.

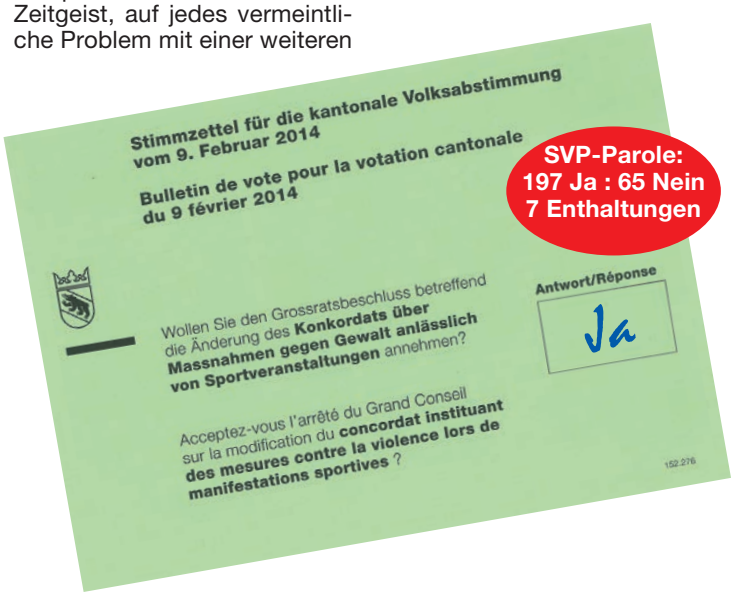
Thomas Fuchs



SVP-Parole: 273 Nein : 7 Ja

SVP-Parole: 207 Ja : 57 Nein 16 Enthaltungen

SVP-Parole: 278 Ja : 0 Nein 2 Enthaltungen



SVP-Parole: 197 Ja : 65 Nein 7 Enthaltungen

Non à des pénalités collectives – Non au concordat hooligan

Le parlement bâlois s'est prononcé par 69 voix contre 13 contre une adhésion au concordat hooligan qui s'avère nettement plus strict : il le considère contestable sur le plan du droit public et tout à fait inutile.
Le point-clé des modifications au concordat est l'obligation d'autorisation pour les matches.
La vente de boissons alcooliques peut aussi être soumise à des contraintes. La vente générale dans les stades – exceptée dans les loges VIP – et dans le périmètre des centres sportifs publics peut ainsi être interdite.
*Le sport d'élite aussi bien que les communes seront touchés par ces **innovations bureaucratiques et coûteuses** (obligation d'autorisation, charges).*
Ce concordat rate son but.
C'est tout à fait dans l'esprit actuel de réagir à tout soi-disant problème par un nouveau durcissement de la loi. Les perturbateurs et les hooligans me dérangent aussi. Nous avons suffisamment de lois et de prescriptions à disposition pour éloigner ces perturbateurs et les mettre en détention. Ce qu'il nous faut, ce sont des juges qui aient le courage d'appliquer les lois en vigueur.
C'est comme pour la Reitschule à Berne. Je ne comprends pas pourquoi on ne sévit pas directement contre les perturbateurs et les inculpe. C'est eux qu'il faut sanctionner et pas la majorité pacifique. Si par exemple, en tant que supporter d'YB, je veux aller à un match de foot à St-Gall, on n'a pas à me prescrire mon mode de locomotion et l'heure de mon départ. Si je veux y aller en voiture, pourquoi prendrais-je un billet de train ? Nous sommes en Suisse, nous ne sommes pas en Corée du Nord.
Un concordat ne peut uniquement être accepté ou refusé. Pas de modifications possibles ici et là. Nous sommes déjà échaudés avec HARMOS.
Aujourd'hui, il y a déjà des banques de données, des interdictions de périmètre sont décrétées, des interdictions de voyager, des obligations de s'annoncer et aussi d'obéir à la police.
Bref: nous disposons aujourd'hui de moyens pour prévenir les excès. Il faut s'en servir et non trouver de nouvelles chicanes pour embêter le spectateur normal.

Starke Frauen für den Grossen Rat:

Berner Jura

Anne-Caroline Graber
Grossrätin, Anwältin
La Neuveville (bisher)

Biel-Seeland

Béatrice Struchen
Grossrats-Vize., Bäuerin
Epsach (bisher)

Rita Arnold
Rentnerin
Biel/Bienne (neu)

Alice Egli
Rentnerin
Biel/Bienne (neu)

Oberaargau

Käthi Wälchli
Grossrätin,
Eidg. dipl. Bäuerin
Obersteckholz (bisher)

Stefanie Gasser
Dipl. Vorsorge- und Unternehmens-beraterin
Bettenhausen (neu)

Sarah Schneiter-Mohler
Sanitärmonteurin
Herzogenbuchsee (neu)

Emmental

Rosmarie Fankhauser
Bäuerin
Trub (neu)

Doris Conrad
Gemeinderätin,
Leiterin med. Dok.
Tiefenauspital
Bäriswil (neu)

Marlène Geiser
Dipl. med. Laborantin,
Stubenschreiberin
Burgergemeinde Bern
Bolligen (neu)

Marlies Gerteis-Schwarz
Sekretariatsleiterin,
Familienhausfrau
Neuenegg (neu)

Annegret Hebeisen
Bäuerin, Geschäfts-frau
Münchenbuchsee (neu)

Renate Mäder
Executive MBA
BFH/HES-SO,
Betriebswirt. HFW
Gümligen (neu)

Aliki Panayides
Vize-Gemeinde-präsidentin,
Geschäftsführerin
Ostermundigen (neu)

Sarah Doglione-Bernasconi
Immobilientreu-händerin
Bern (neu)

Karin Hess-Meyer
Stadträtin,
Unternehmerin
Bern (neu)

Mittelland Süd

Verena Aebischer
Kauffrau, Verwaltungs-angestellte
Guggisberg (neu)

Miriam Gurtner
Gemeinderätin, lic. phil. hist, Geschäftsleiterin
SVP-Bundeshausfrak-tion, Konolfingen (neu)

Therese Ryser
Gemeinderätin,
Betreuungsfachfrau,
Dipl. Bäuerin
Rüeggisberg (neu)

Oberland

Renate Bach
Lehrerin, dipl.
Gemeindepolitikerin
Saanen (neu)

Annemarie Bossard Gartenmann
Sekundarlehrerin
Matten b. Interlaken (neu)

Jolanda Brunner
Vize-Gemeindepräsi-dentin, Ausbilderin FA
Mediatorin
Spiez (neu)

Heidi Glatthard
Gärtnerin, Pflegefach-frau, Bäuerin
Schattenhalb (neu)

Barbara Josi
Gemeinderatspräsi-dentin, kaufmännische Angestellte
Wimmis (neu)

Unsere SVP-Grossratskandidatinnen

Christine Gerber
Gemeinderätin,
Dipl. Bäuerin, Kauffrau
Detligen (neu)

Judith Rawyler
Selbständige
Innenarchitektin
Bellmund (neu)

Sandra Schneider
Stadträtin,
Kaufmännische
Angestellte
Biel/Bienne (neu)

Barbara Stalder
Bus- und Tram-
chauffeuse
Meinisberg (neu)

Miriam Stebler
Dipl. Personalfachfrau,
Filialleiterin
Lobsigen (neu)

Petra Wyss
Primarlehrerin
Aarberg (neu)

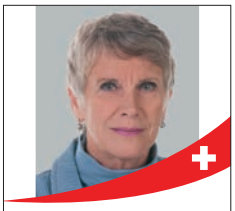
Barbara Lüthi Kohler
Bäuerin, Drogistin,
Doula-Geburtsbeglei-
terin
Burgdorf (neu)

Brigitte Martinelli
Sachbearbeiterin
Rechnungswesen
Burgdorf (neu)

Andrea Pieren
Gemeinderätin,
Betriebswirtschafterin
lic. oec. HSG
Lyssach (neu)

**Corinne Studer-
Meyer**
Pflegefachfrau,
Vorstand Spitex
Alchenstorf (neu)

Mittelland Nord



Sabina Geissbühler
Grossrätin, Primar-
und eidg. dipl. Turn-/
Sportlehrerin, Herren-
schwanden (bisher)

Susanne Schori
Gemeinderätin,
Primarlehrerin,
Leiterin Care Center
Wohlen b. Bern (neu)

**Susanne
Staub-Messer**
Bäuerin
Murzelen (neu)

Mirjam Wüthrich
Mitglied GGR,
Mediamatikerin
Münchenbuchsee
(neu)

Stadt Bern

**Catherine
Bernasconi**
Operationsschwester,
Direktionssekretärin
Bern (neu)

Nathalie D'Addezio
Stadträtin,
Parlamentsdienst
Bern (neu)

Thun

Madeleine Amstutz
Gemeindepräsidentin,
Betriebswirtschafterin
Sigriswil (neu)

Susanne Bart-Minder
Kauffrau, Bibliotheks-
angestellte
Uetendorf (neu)

Franziska Fuss
Gemeindepräsidentin,
Familienfrau, Bäuerin,
Lehrerin
Teuffenthal (neu)

Isabel Glauser
Familienfrau, Dipl.
Kleinkindererzieherin
Thierachern (neu)

Sandra Ryser-Liebi
Stadtratspräsidentin,
Lehrerin
Thun (neu)

**Manuela
Nyffeler-Lanker**
Gemeinderätin, Dipl.
Wirtschaftsfachfrau
Interlaken (neu)

Barbara Spahni
Geschäftsführerin
Matten bei Interlaken
(neu)

Anne Speiser Niess
Haus- und Geschäfts-
frau
Zweisimmen (neu)

**Andrea Sprenger-
von Siebenthal**
Hotelière
Saanenmöser (neu)

Brigitte Wahli
Gemeinderätin,
Schulhausabwart Stv.,
Verkäuferin, Matten b.
Interlaken (neu)

Brigitta Wyss
Gemeinderätin,
Geschäftsführerin
Unterseen (neu)

Béatrice Struchen
Grossrätin, Epsach

«L'immigration de masse doit être stoppée au plus vite pour le bien de nos enfants, de nos institutions sociales et de notre environnement»

Manfred Bühler
Grossrat, Cortébert

«80'000 personnes en plus chaque année en Suisse… Retrouvons une juste mesure !»

"Bern ist erneuert! Nun will ich die Eidgenossenschaft erneuern!"
Historien-Schauspiel von **Damian Zingg** über Ulrich Ochsenbein und das Werden der Schweiz als einzigartiger Nationalstaat (*Uraufführung*)
kultur*fabrik*bigla 3507 Biglen BE
www.ticketeria.org/ 0900 10 11 12 (1.19/Min.)

Die neue Wahlplattform ist da!

Ein handlicher Überblick im praktischen Format A6, ideal für Parteiveranstaltungen, bei Standaktionen, im Strassenwahlkampf etc.

Die Wahlplattform kann ab sofort kostenlos über das Parteisekretariat der SVP Kanton Bern bezogen werden.

Wir brauchen Ihre Spende!

Ein Wahlkampf ist nicht nur mit grossen personellen, sondern auch finanziellen Aufwendungen für Inserate, Plakate etc. verbunden. Nur mit diesen Investitionen kann die SVP ihre Wahlziele realisieren und sich damit zukünftig noch schlagkräftiger engagieren:

- für das Miteinander und die gegenseitige Unterstützung aller Generationen
- für schweizerische Traditionen und den Erhalt der bernischen Vielfalt
- für eine gute Versorgung zu fairem Preis und ideale Produktionsbedingungen für Gewerbe und Landwirtschaft
- für tiefe Steuern und ein effizientes Angebot öffentlicher Dienstleistungen
- für sichere Städte und einen lebendigen ländlichen Raum
- für optimale Bedingungen zugunsten leistungsorientierter Schulen
- für Eigenverantwortung und Freiheit!

Mit Ihrer Spende helfen Sie uns, einen optimalen und sichtbaren Wahlkampf zu führen. Sie unterstützen damit direkt unser Engagement für einen bürgerlichen Kanton.

Besten Dank für Ihre Unterstützung!

Käthi Wälchli
Grossrätin, Obersteckholz

«Es ist mir nicht egal in welchem Zustand wir unser Land der nächsten Generation weitergeben. Darum stimme ich der Initiative gegen die Masseneinwanderung zu.»

Peter Brand
Grossrat, Münchenbuchsee

«Ich stimme JA zur Masseneinwanderungsinitiative, weil das Wirtschaftswachstum (Wachstum des BIP) in der Schweiz vor der Einführung der vollen Personenfreizügigkeit im Jahr 2007 stärker war als nachher (gemäss «Schweiz am Sonntag», 21.12.2013).»

KEHRLI
DÄCHER VOM FACHMANN
Kehrli Bedachungen AG
STEILDACH – FLACHDACH – FASSADEN
ISOLATIONEN – REPARATUREN
Gerberngasse 30a, 3000 Bern 13
Telefon 031 311 40 49 / 031 311 24 49
Fax 031 819 66 36
Mail. kehrli.bedachungen@bluewin.ch

Impressum

Redaktion Aliki M. Panayides, Bern; Reto Niederhauser, Bern

Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern, Postfach 448, 3000 Bern 25
Tel. 031 336 16 26, Fax 031 336 16 25
E-Mail: sekretariat@svp-bern.ch Internet: http://www.svp-bern.ch

Layout Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Papier Utzenstorf Papier, aufgebessertes Zeitungspapier, 60 gm2

SVP sicher.
30. März 2014: Gross- und Regierungsratswahlen
SVP UDC
www.svp-bern.ch

Milliardenreferendum ein Erfolg – 11'800 Unterschriften gesammelt!

Peter Brand, Grossrat, Co-Präsident Komitee Milliardenreferendum, Münchenbuchsee

Am 9. September 2013 hat der Grosse Rat des Kantons Bern das Gesetz über die kantonalen Pensionskassen (PKG) mit den Stimmen der SP, Grünen, GLP, EVP, FDP und BDP verabschiedet. Die Versuche der SVP, während der parlamentarischen Behandlung mit Änderungsanträgen dafür zu sorgen, einen grossen Teil der Last der Sanierung von den Steuerzahlenden zu den kantonalen Angestellten zu verlagern, scheiterten.

Im Endeffekt beschloss das Kantonsparlament eine Neuverschuldung von Franken 3'350'000'000, bestehend aus einer Übergangseinlage von 500 Mio. Franken, einer Schuldanerkennung durch den Steuerzahler von 1'720 Millionen Franken und Sanierungsbeiträgen des Kantons von rund 1'130 Millionen Franken.

Wäre es nach dem Willen der Mehrheit der Bernischen Kantonspolitiker gegangen, **so hätten die Bernerinnen und Berner, also Sie und ich, zu dieser Sanierung und der damit verbundenen Milliardenverschuldung unseres Kantons nichts zu sagen gehabt**. Ein Antrag der SVP, die Vorlage dem obligatorischen Referendum zu unterstellen und damit sicherzustellen, dass die Berner Stimmberechtigten automatisch über dieses Gesetz abstimmen dürfen, scheiterte. **Offenbar traut die Mehrheit des Grossen Rates den Stimmberechtigten in dieser Frage kein angemessenes Urteilsvermögen zu.**

In der Folge organisierte sich ein überparteiliches Komitee aus Mitgliedern der SVP, der FDP und aus dem Gewerbe, um gegen diesen undemokratischen Entscheid des Kantonsparlamentes das Referendum zu ergreifen und es so den Stimmberechtigten im Kanton Bern zu ermöglichen, doch noch über diese Neuverschuldung in Milliardenhöhe abstimmen zu können. **Innert 3 Monaten hat das Referendumskomitee unter massgeblicher Führung einzelner SVP-Exponenten rund 11'800 Unterschriften gesammelt**; notabene über die Festtage! Im Kanton Bern braucht es 10'000 gültige Unterschriften, damit ein Gesetz dem Bernischen Stimmvolk zur Abstimmung vorgelegt werden kann. Aktuell befinden sich die eingereichten Unterschriften bei der Berner Staatskanzlei zur Prüfung. Wir sind aber zuversichtlich, dass mit einer «Reserve» von rund 1'800 Unterschriften am Schluss die nötigen 10'000 gültigen Unterschriften zusammen sein werden.

Läuft alles gut, werden die Berner Stimmberechtigten am 18. Mai 2014 über die Sanierung der Berner Pensionskassen entscheiden können. An die Urne gelangen zwei Vorlagen: der oben erwähnte Hauptantrag des Grossen Rates sowie ein Eventualantrag, welcher den Bernischen Steuerzahler etwas weniger kosten wird (Differenz ca. 400 Millionen Franken). Für die Parolenfassung sind primär also die Verbände und Parteien gefragt.

Unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung darf das «Milliardenreferendum» aber als voller Erfolg gewertet werden. Dank dem Einsatz unzähliger Helferinnen und Helfer ist es uns gelungen, die nötigen Unterschriften zu sammeln und den Bernerinnen und Bernern somit das Mitspracherecht zurückzugeben, welches ihnen der Grosse Rat vorher verweigert hatte!

Peter Brand

Die Fakten zum Umbau der Grossratsentschädigung

Unter dem Strich bleibt kaum mehr Geld

Ab Legislatur 2014 erhalten die Grossräte des Kantons Bern eine höhere Entschädigung: Der neue Jahresdurchschnittslohn beträgt nicht mehr 16'000 Franken sondern neu 19'500 Franken für einen Parlamentarier, der Mitglied einer ständigen Kommission ist (ein Grossrat ohne Mitgliedschaft einer ständigen Kommission erhält weiterhin sFr. 16'000). Spesen und Reisen werden wie die Infrastrukturpauschale zusätzlich entschädigt. Da die parlamentarischen Einkünfte für das «30-Prozent-Pensum» künftig aber zu 100 Prozent und nicht mehr zu 25 Prozent zu versteuern sind, bleibt dem Parlamentarier unter dem Strich kaum mehr Geld im Portemonnaie. Von Lohnerhöhung – wie von linker Seite behauptet – kann also keine Rede sein.

Zur Erinnerung: In der Juni-Session 2013 wurde die Geschäftsordnung mit 112:28 Stimmen genehmigt. Dass ausgerechnet die SP nun den Entscheid per Planungserklärung rückgängig machen wollte, erstaunt. Zumal es die Fraktion SP-JUSO-PSA war, die im Juni einer Anpassung noch mit 24:3 zugestimmt hatten.

Die Grossratsentschädigung ist auch nach dem Umbau gerechtfertigt. Zumal mit der Totalrevision des Parlamentsrechts die Grossratstätigkeit künftig noch zeitintensiver wird. Gute Parlamentsarbeit sollte anständig entschädigt sein. Ansonsten lassen sich in Zukunft kaum noch Unternehmer, Angestellte oder Selbständigerwerbende finden, die im Kanton Bern politische Verantwortung übernehmen.

Im Vergleich zur nationalen Ebene sind die Entschädigungen für die Grossratstätigkeit immer noch sehr klein, zumal der Zeitaufwand für die Sessionen ähnlich ist.

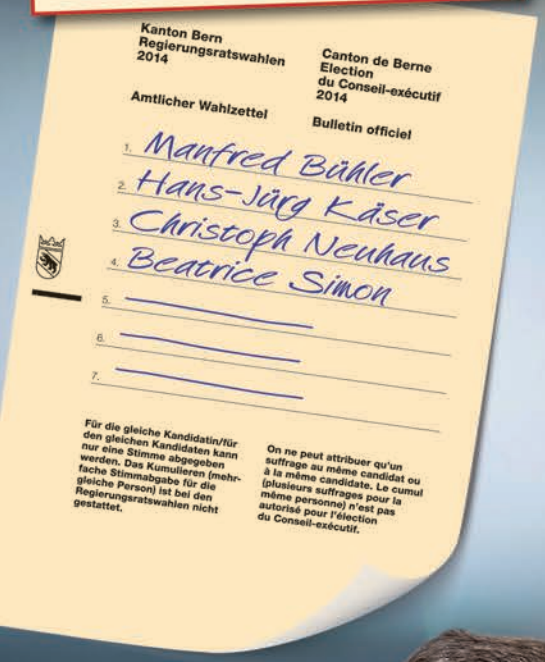
SVP Kanton Bern

Entschädigungsbestandteil	Betrag alt pro Grossratsmitglied	Betrag neu pro Grossratsmitglied
Jahrespauschale	2'000.00	0.00
Zulage für Mitglieder ständiger Kommissionen *Alt:* nur f. Mitgl. ständiger Aufsichtskommissionen; JUKO (15 Mitgl., 3'000); OAK (17 Mitgl., 4'500); FIKO (17 Mitgl., 5'000) *Neu:* f. Mitgl. ständiger Kommissionen: ständige Aufsichtskomm. (51 Pers., 4'000), sonstige ständige Komm. (85 Pers., 3'000)		3'500
Sitzungsgeld Sessionen	7'225.00	8'750.00
Sitzungsgeld Kommissionen	3'500.00	2'800.00
Sitzungsgeld Fraktionssitzungen	3'500.00	4'450.00
Subtotal steuerbar (aktuell 25%, künftig 100%)	16'225.00	19'500.00
Steuern (Durchschnittsgrenzsteuersatz 25%)	- 1'014.06	- 4'875.00
Subtotal abzüglich Steuern	15'210.94	14'625.00

Die Zahlen entsprechen Durchschnittswerten für ein Parlamentsmitglied; die genaue Berechnung kann im Parteisekretariat verlangt werden.

UmSchwung

So wählen Sie richtig:


Kanton Bern
Regierungsratswahlen
2014

Canton de Berne
Election
du Conseil-exécutif
2014

Amtlicher Wahlzettel

Bulletin officiel

1. Manfred Bühler
2. Hans-Jürg Käser
3. Christoph Neuhaus
4. Beatrice Simon
5.
6.
7.

Für die gleiche Kandidatin/für den gleichen Kandidaten kann nur eine Stimme abgegeben werden. Das Kumulieren (mehrfache Stimmabgabe für die gleiche Person) ist bei den Regierungsratswahlen nicht gestattet.

On ne peut attribuer qu'un suffrage au même candidat ou à la même candidate. Le cumul (plusieurs suffrages pour la même personne) n'est pas autorisé pour l'élection du Conseil-exécutif.

Am 30. März 2014 in den Regierungsrat

SVP UDC · BDP Kanton Bern · FDP Die Liberalen · EDU UDF Eidgenössisch-Demokratische Union / Union Démocratique Fédérale / Unione Democratica Federale

www.umschwung-kanton-bern.ch